

Destabilisierende Faktoren in den ersten Jahren der Weimarer Republik

Oberschlesien

Der Versailler Vertrag sah vor, dass ganz Oberschlesien Polen zugesprochen werden sollte. Dies wurde jedoch aufgrund englischer Einflussnahme zu Gunsten eines Plebiszits geändert. Bei dieser **Volksabstimmung im März 1921**, bei der die Teile Oberschlesiens aus dem Abstimmungsgebiet ausgeklammert wurden, die nicht als doppelsprachig galten, votierten 60% für den Verbleib beim Deutschen Reich und 40% für Polen. Die über drei Jahre andauernden Spannungen vor und nach dem Plebiszit mündeten in drei propolnische Aufstände in Oberschlesien. Über die endgültige Teilung Oberschlesiens wurde erst 1922 entschieden, wobei der Oberste Rat der Alliierten zirka 70 % des Abstimmungsgebiets dem Deutschen Reich und zirka 30 % Polen zusprach, ohne dass die Teilungslinie immer lokalen Mehrheitsverhältnissen beim Plebiszit entsprach. So die Autonome Woiwodschaft Schlesien mit der Hauptstadt Kattowitz und die bereits 1919 neu geschaffene Provinzen Oberschlesien mit der Hauptstadt Oppeln. Den Oberpräsidenten (Verwaltungschef der Provinz) stellte in Oberschlesien bis 1933 das Zentrum, in Niederschlesien bis 1932 die SPD. Deutliche Mehrheiten konnten die Deutschen insbesondere in den Städten, in Oppeln (95,0%), Ratibor (90,9%), Kattowitz (85,4%), Gleiwitz (78,9%) und Beuthen O. S. (74,7%), erlangen. Die lokalen Abstimmungsergebnisse wurden zwar berücksichtigt, doch erfolgte die Teilung in erster Linie nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Deutschland wurden zwei Drittel des Abstimmungsgebietes und 58% der Bewohner zugesprochen, allerdings lagen im polnischen Teil 85% aller Kohlevorräte und 75% der Industrieanlagen. Polnische Freischärler begannen daraufhin am 3. Mai 1921 einen bewaffneten Aufstand, um den Anschluß an Polen gewaltsam durchzusetzen. Unterstützung erhielten sie dabei von französischen Besatzungstruppen. Großbritannien hingegen duldete die Bildung deutscher Kampfverbände. Zu diesem Zweck wurden aufgelöste Freikorps mobilisiert, die am 23. Mai 1921 mit der **Erstürmung des Annabergs** die stärkste Befestigung der Polen einnahmen. Die Abtretung Ostoberschlesiens, die in Deutschland Empörung und eine Welle nationaler Leidenschaft in allen politischen Parteien hervorrief, wurde staatsrechtlich mit dem deutsch-polnischen Abkommen am 15. Mai 1922 vollzogen. Arnolt Bronnen schrieb darüber seinen Roman O. S., der von Kurt Tucholsky (*Die Weltbühne*, 25.06.1929) folghenermaßen besprochen wurde:

"In Polen taten das Patrioten und bezahltes Gesindel, in Deutschland waren es Patrioten und bezahltes Gesindel; die Atmosphäre dort unten roch nicht gut. Es spielten sehr gewichtige Interessen der Großindustrie mit, von denen die Freikorps, die mit unerhörter Brutalität eingriffen, nicht viel ahnten – in dem einzig lichten Augenblick seines Buches nennt Bronnen die Anfänge der Schwarzen Reichswehr rechtens ein »Gemisch aus Arbeitslosigkeit und Patriotismus«. Der Erfolg dieses Bandenkrieges ist negativ gewesen – die endgültige Festsetzung der Grenzlinie ist kaum durch ihn beeinflusst worden."

Tucholsky verurteilt den Stil des Romans, er verspottet die allzu häufige Verwendung des Wortes "kurz"

»Kurz und Knapp in ihrer Beziehung zum patriotischen Schundroman des zwanzigsten Jahrhunderts.« Denn dies ist ein deutsches Ideal: jemand kurz anzufahren; ... Bronnen spricht auch im ruhigen Prosatext genau so, wie seine uniformierten Jungen gesprochen haben – ich will den Putsch-Killinger[Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben], der eines der rohesten Bücher geschrieben hat, nicht beleidigen: aber beinah so schön kann es Bronnen auch. Dies ist sein Deutsch: »Nun stand da, allein in einer offenen, relativ behaglichen Wohnung ein einsames Mädchen ... « man fühle, wie gewöhnlich, wie aus dem Rinnstein geklaubt dieses ausgespuckte und törichte Fremdwort »relativ« hier ist; man höre so einen Satz, von einem Überfall auf Geschäftsleute durch die Freikorpsverbrecher: »Die ungeladenen Pistolen auf der schwitzenden Stirn gaben die Koofmichs mit Eifer ihr Geld«, und man ermesse daran den Stil.

Die Freikorpsknaben, für die das Buch geschrieben ist, werden diesen Stil loben, es haltend wie Schalom Asch, der ›Jiddisch‹ für die schönste Sprache der Welt erklärte. Und als er gefragt wurde, warum: »Man versteht jedes Wort.« Bei Bronnen versteht man jedes Wort – wissen Se, es is so natürlich jeschriehm – ehm so, wie man ehm spricht. Zum Wohle.

... tatsächlich gibt es in diesem Buch keinen anständigen Polen. Es sind kleine, verschmierte, tückische, bezahlte Leute; auf der Deutschen Seite aber ragen die trutzigen Helden rank und hehr und sonst noch was in den falben Morgenhimmel. Wo sind die polnischen Schlageters? Wenn die Polen einen Nationalfehler haben, so ist es ihr übergroßer Nationalismus, der sich aus der Geschichte ihres Staates und aus der hundsgemeinen Behandlung herleiten läßt, die sie jahrhundertlang von den Deutschen zu erdulden gehabt haben – glaubt Bronnen, dass nicht auch die Polen aus echter Liebe zu ihrem Vaterland in diesen oberschlesischen Kampf gegangen sind? Er verschweigt es. Bei ihm sind die Polen, was in den Indianerbüchern ›der schurkische Mestize‹. Er delectiert sich an den Gewalttaten, die erzählt werden, in einer beinahe peinlichen Weise. Es ist da beim Sturm auf den Annaberg von einem bayerischen Raufbold die Rede, der in fliehende polnische Soldaten hineinschießt, Männer, die genau so viel und so wenig Soldaten sind wie er selber – und das ist mit einem solch viehischen Behagen erzählt, so feige-grinsend ... Was dem einen seine Anna, ist dem andern sein Annaberg.

Ähnlich aufgepeitscht waren die deutsch-französischen Animositäten nach der französischen **Besetzung des Ruhrgebietes im Jahre 1923**. Um die Abfuhr von Kohle nach Frankreich zu behindern, verübte **Albert Leo Schlageters** Widerstandsgruppe im März 1923 Sprengstoffanschläge beim Essener Bahnhof Hügel und auf eine Eisenbahnbrücke der Bahnstrecke Düsseldorf–Duisburg. Am 7. April 1923 wurde Schlageter im Essener Union-Hotel verhaftet, in dem er trotz der Fahndung unter seinem richtigem Namen nächtigte. Am 9. Mai 1923 wurde Schlageter wegen Spionage und Sabotage zum Tode verurteilt. Mitangeklagte wurden mit Zwangsarbeit und Gefängnis bestraft. Eine Berufung blieb erfolglos und ein Gnadengesuch lehnte Schlageter ab. Am 26. Mai wurde er auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf durch ein Exekutionskommando hingerichtet und am gleichen Tag auf dem Düsseldorfer Nordfriedhof beerdigt. Auf Wunsch der Familie Schlageters wurde am 8. Juni der Leichnam exhumiert und unter großer öffentlicher Anteilnahme nach Schönau überführt, wo er in einem Ehrengrab am 10. Juni 1923 beigesetzt wurde. In der Weimarer Republik und verstärkt im Dritten Reich gab es eine Schlageter-Kult, dessen Größe an dem „Schlageter-Nationaldenkmal“ auf der Golzheimer Heide bei Düsseldorf abzulesen war. Eingeweiht wurde das Denkmal innerhalb einer großen Aufmarschfläche am 23. Mai 1931. Es wurde vom österreichischen Architekten Clemens Holzmeister entworfen und bestand aus einem 27 Meter hohen schlanken Stahlkreuz über einem großen Steinsarkophag. Dazu kam ein unterirdischer Gedenkraum und ein kreisförmiger Hof in vier Metern Tiefe mit einem Durchmesser von 28 Metern. Das Denkmal wurde 1946 geschleift.

Ein Staat, den keiner wollte

Die Kompromisse, die die SPD in den ersten Jahren zu machen hatte, um die Kommunisten und die Rechtsradikalen den Staat nicht zugrunde richten zu lassen, waren allzu schmerzlich. Es war letztendlich eine unchte Revolution, die nur die politische Struktur umgeworfen hat, aber die gesellschaftliche unangetaste ließ: Verwaltung, Justiz, Universitäten, Kirchen, Wirtschaft und Generalität standen der Republik meistens feindlich oder wenihstens reservioert gegenüber.

Die Höhe der Reparationen berücksichtigte nicht die Schwäche der deutschen Wirtschaft nach dem Krieg. Zu Beginn des Jahres 1922 besaß die Mark noch etwas ein Fünfstel ihres Vorkriegswertes. Ein Jahr später kein Zehntausendstel mehr. Finanzfachleute und Großindustrielle waren an der Entwertung des Geldes interessiert, weil sie mit Krediten ihren Reichtum bezahlt haben und in der gallopiierenden Inflation immer weniger zu zahlen hatten. Die

Reichen wurden reicher, die Armen – die Rentner, die Arbeiter, Angestellten und Beamten – immer ärmer.

Die Verfassung der Weimarer Republik

Die im wesentlichen liberale Weimarer Verfassung (offiziell hieß sie *Die Verfassung des Deutschen Reichs*¹) war 1919 als Kompromiß zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und den bürgerlichen Koalitionspartnern, der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und dem Zentrum entstanden und wurde mit 262 Stimmen² von der in Weimar tagenden Verfassungsgebenden Nationalversammlung verabschiedet. Allerdings waren zahlreiche Abgeordnete der Koalitionsparteien aus Protest gegen den "Kompromißcharakter" der Abstimmung ferngeblieben.

Die Weimarer Verfassung war die erste parlamentarisch-demokratische Verfassung Deutschlands. **Das Deutsche Reich konstituierte sich 1919 als parlamentarische Republik**, das Parlament, der Reichstag, sollte alle vier Jahre gewählt werden. Die Reichsregierung war vom Vertrauen des Reichstags abhängig. Als starkes Gegengewicht zum Reichstag wurde das Amt des Reichspräsidenten mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet. **Der auf sieben Jahre durch Direktwahl des Volks gewählte Reichspräsident besaß das Recht zur Reichstagsauflösung. Artikel 48 der Verfassung gab ihm das Recht, bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit den Ausnahmezustand zu verhängen und Notverordnungen zu erlassen.**

Die Bestimmungen von Artikel 48, die den Reichspräsidenten im Licht eines "Ersatzkaisers" erscheinen ließen, waren Ausdruck des Mißtrauens der Nationalversammlung gegen die Parteiendemokratie. Im Unterschied zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurden die Parteien in der Weimarer Verfassung nicht als Teil der politischen Willensbildung verfassungsrechtlich anerkannt. **Zudem besaß die Bevölkerung durch Volksbegehren und Volksentscheide die Möglichkeit, Gesetze direkt zu beschließen.**

Als klassische bürgerliche Grund- und Freiheitsrechte wurden Rechtsgleichheit, Freiheit der Person, Freizügigkeit, Recht der freien Meinungsäußerung, Petitionsrecht, Versammlungsfreiheit sowie die Glaubens- und Gewissensfreiheit in die Weimarer Verfassung mitaufgenommen. In den zehn Jahren bis 1929 hatte sich das Gesicht der Republik nachhaltig verändert, der Kompromiß zwischen den drei Koalitionsparteien war zum größten Teil aufgezehrt. Mit ihrem Bekenntnis zu den "schwarz-rot-goldenen" Farben der Republik sah die SPD sich nun politisch weitgehend isoliert. Während der Weltwirtschaftskrise Der Tod Gustav Stresemanns im Oktober 1929 markiert den Anfang vom Ende der Weimarer Republik. Antirepublikanische Kräfte in der DNVP um den Medieninhaber Alfred Hugenberg mit Adolf Hitler und Franz Seldte vom Stahlhelm („bewaffneter Arm“ der DNVP) initiierten 1929 einen erfolglosen Volksentscheid gegen den Young-Plan. Durch die einsetzende Massenarbeitslosigkeit- Jahr 1933 zählte man insgesamt sechs Millionen offizielle Arbeitslose, also etwas mehr als 30 % - wurde der Staat destabilisiert. Es kam zu Neuwahlen und Kabinettskrisen in rascher Abfolge, bei denen die radikalen Parteien, allen voran die NSDAP, immer mehr Zulauf erhielten.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurde durch das Ermächtigungsgesetz, wurde die Macht des Reichstags ausgehöhlt und die Weimarer Verfassung existierte bis zur deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 nur noch formal weiter.

¹ Der Staat hieß so und hatte einen Reichspräsidenten, Reichsregierung und Reichswehr.

² 75 Stimmen dagegen

Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) / Deutsche Staatspartei 1918-1933

Der Chefredakteur des vom Ullstein-Verlag herausgegebenen "**Berliner Tageblatts**", Theodor Wolff (1868-1943), veröffentlichte in seiner Zeitung am 16. November 1918 einen Aufruf zur Gründung einer linksliberalen bürgerlichen Partei, der auch von Professoren wie Albert Einstein mitgezeichnet war. Vier Tage später gründeten Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei sowie des liberalen Flügels der Nationalliberalen Partei mit dem Publizisten Theodor Wolff und Professoren wie Max Weber, Alfred Weber (1868-1958) und dem Verfassungsrechtler jüdischer Abstammung Hugo Preuß die **Deutsche Demokratische Partei (DDP)**. **Die Zurückweisung von Nationalliberalen wie Gustav Stresemann als Annexionisten führte zur Spaltung des politischen Liberalismus und zur Gründung der Deutschen Volkspartei (DVP)**. Keine andere Partei identifizierte sich so uneingeschränkt mit der parlamentarischen Demokratie der Weimarer Republik wie die DDP, und keine andere Partei bekannte sich so eindeutig zu individueller Freiheit und sozialer Verantwortung. Mit Hugo Preuß, Max Weber, Friedrich Naumann, dem DDP-Vorsitzenden, kamen die entscheidenden Gestalter der Verfassung aus den Reihen der DDP. Die Partei strebte einen föderalen Einheitsstaat an und **forderte - wie nahezu alle anderen Parteien auch - die Revision des Versailler Vertrages**. Die DDP bekannte sich zum Völkerbund. Durch die Zusammenarbeit mit der SPD suchte die DDP einen Ausgleich zwischen den sozial- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Arbeiterschaft und Bürgertum. Die DDP unterstützte das Prinzip der Privatwirtschaft, forderte jedoch staatliche Interventionsmöglichkeiten. Wegen ihres klaren Bekenntnisses zum Liberalismus und zum parlamentarischen System war die DDP Ziel ständiger Angriffe aus den Reihen der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Mit 18,5 Prozent der Stimmen 1919 in die Nationalversammlung gewählt, bildete die DDP mit der SPD und der Zentrumspartei die "Weimarer Koalition". **Mit nur kurzen Unterbrechungen 1927/28 war die DDP an allen Reichsregierungen bis 1932 beteiligt.**

Die Regierungsbeteiligung mit der Bereitschaft zur Übernahme politischer Verantwortung für auch unpopuläre Entscheidungen wirkte sich für die DDP negativ aus. Zählte die Partei ein Jahr nach ihrer Gründung rund 800.000 Mitglieder, so verließen immer mehr Mitglieder die DDP und schlossen sich der konkurrierenden, aber stärker industriell orientierten DVP an. **Bis 1927 sank die Mitgliederzahl der DDP auf 117.000. Bei der Reichstagswahl 1928 erhielt die DDP nur noch knapp 5 Prozent der Wählerstimmen.** Zum politischen Niedergang der DDP trug der Verlust ihrer führenden Köpfe bei: **Friedrich Naumann verstarb 1919, im folgenden Jahr Max Weber (1920), Walther Rathenau wurde 1922 ermordet, Hugo Preuß verstarb 1925. Aber im Niedergang der DDP spiegelt sich auch die in weiten Teilen der Bevölkerung tief verankerte antidemokratische und antirepublikanische Grundeinstellung.** Dagegen half auch die publizistische Unterstützung durch so namhafte Zeitungen wie das "Berliner Tageblatt", die "Frankfurter Zeitung" und die "Vossische Zeitung" wenig. Als der Verfallsprozess der DDP sich im Zuge der Weltwirtschaftskrise beschleunigte, wurde die Partei im Juli 1930 gespalten: ein Teil ging in die Deutsche Staatspartei (DStP), der linke Parteiflügel in die Radikaldemokratische Partei ein. Trotz des Einschwenkens auf den allgemeinen Rechtstrend waren die Wahlergebnisse der DStP enttäuschend. Den Einzug in den am 5. März 1933 gewählten Reichstag schaffte die DStP nur über eine Listenverbindung mit der SPD. Trotz ihrer Vorbehalte stimmten am 23. März alle fünf Reichstagsabgeordneten der DStP, unter ihnen **Theodor Heuss**, der erste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland nach 1949, dem "Ermächtigungsgesetz" zu. Am 28. Juni 1933 löste sich die Partei auf.

Die Deutsche Volkspartei (DVP) 1918-1933

Im Herbst 1918 schlossen sich der von Stresemann geführte rechte Flügel der ehemaligen

Nationalliberalen Partei und ein Teil der früheren Fortschrittlichen Volkspartei zur Deutschen Volkspartei (DVP) zusammen. Obwohl die Partei zuerst dem parlamentarischen System der Republik zunächst äußerst ablehnend gegenüberstehend, näherte sich die DVP unter dem Vorsitz des "Vernunftrepublikaners" Stresemann langsam an die neue Staatsform an.

Das offene Bekenntnis der DVP zu den alten Reichsfarben "Schwarz-Weiß-Rot" war Ausdruck der strikten Ablehnung der republikanischen Staatsform. Von der Schwerindustrie finanziell massiv unterstützt, stand die DVP in scharfer Konfrontation zu den politischen Zielen der SPD. Ebenso eindeutig wie die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) lehnte die DVP die Revolution 1918 prinzipiell ab, aber sie war weit weniger populistisch und hielt Distanz zu dem in deutschnationalen Kreisen offen propagierten Antisemitismus. Die insbesondere von der DDP und DVP erhobene Forderung nach einer klaren Trennung von Staat und Kirche führte immer wieder zu Konflikten mit der Zentrumspartei.

Dem Putsch im März 1920 brachte die DVP weit mehr Sympathien entgegen als die Deutschnationalen, zu deren Mitgliedern der zum Reichskanzler ernannte Wolfgang Kapp zählte. Während die linksliberale Presse das undurchsichtige Verhalten Stresemanns und der DVP während des Putsches heftig kritisierte, erreichte die DVP bei der von Lüttwitz erzwungenen Reichstagswahl **mit knapp 14 Prozent** aller Stimmen ihr bestes Ergebnis überhaupt. Die rund 800.000 Mitglieder zählende Partei profitierte bei dieser Wahl vom schlechten Abschneiden der DDP sowie vom allgemeinen Rechtsruck in der Bevölkerung. Mit dem Beitritt zu der Koalition von Zentrum und DDP beteiligte sich die DVP - trotz ihrer Vorbehalte gegenüber dem parlamentarischen System - erstmals an einer Reichsregierung. Knapp ein Jahr später zerbrach die Koalition, als namentlich die führenden Köpfe der DVP das Londoner Ultimatum der Alliierten zur Regelung der Reparationsfrage ablehnten, um nicht als "Erfüllungspolitiker" zu gelten. Als im Januar 1923 belgische und französische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschierten, um ihre Reparationsforderungen durchzusetzen, beschleunigt die Regierung Cuno mit ihrem "passiven Widerstand" die galoppierende Inflation und musste im August 1923 zurücktreten. Ihr folgte am 13. August **eine von Gustav Stresemann geführte Regierung der Großen Koalition von DVP, Zentrum, DDP und SPD, in der Stresemann zugleich das Amt des Außenministers wahrnahm.**

Aus Protest gegen Stresemanns politische Zusammenarbeit mit der SPD und das von ihm am 26. September verkündete Ende des "passiven Widerstands" wanderten viele Mitglieder der DVP zur weiter rechts stehenden DNVP ab. Da die SPD auf dem Höhepunkt der innenpolitischen Krise der Regierung Stresemann im November 1923 das Vertrauen entzog, bildete ein Zentrumspolitiker eine neue Koalition aus Zentrum, BVP, DVP und DDP, der Stresemann weiterhin als Außenminister angehörte. Dieses Amt übte der "Vernunftrepublikaner" bis zu seinem Tode am 3. Oktober 1929 aus und setzte seine Politik der Verständigung mit den Alliierten gegen den Widerstand des rechten, der Schwerindustrie nahestehenden Flügels seiner eigenen Partei konsequent fort.

Doch trotz der außenpolitischen Erfolge Stresemanns - vom Dawes-Plan über die Konferenz von Locarno und den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund bis zur Annahme des Young-Plans - und trotz der guten finanziellen Ausstattung durch die Industrie verlor die DVP nach 1920 kontinuierlich Stimmen an die DNVP, später auch an die NSDAP. Schon während der Inflationszeit hatten sich viele Wähler von der DVP abgewandt, für die Hugo Stinnes, der größte Gewinner der Inflation, als Abgeordneter in den Reichstag eingezogen war³. Nach der Weltwirtschaftskrise sank die Wählergunst immer weiter ab. Um die

³ 9. November: Stinnes erklärt, daß er Versuche zur Stabilisierung der Mark um jeden Preis bekämpfen werde. Da er sein Wirtschaftsimperium weitgehend mit Krediten zusammengekauft hatte, gehört er zu den Hauptprofiteuren der Inflation. Im Jahre 1924 umfaßt der Stinnes-Konzern 1.535 Unternehmen von der Rohstoffförderung bis zur Fertigproduktion. Am 10. April 1924 stirbt Hugo Stinnes in Berlin. Schon bald nach seinem Tod beginnt sein riesiges Firmenimperium zu zerfallen.

Arbeitslosenversicherung finanziell zu konsolidieren, forderte die DVP - im Interesse der Arbeitgeber - eine Herabsetzung der Leistungen, während die SPD - im Interesse der Arbeitnehmer - eine Aufrechterhaltung der Leistungen durch eine Heraufsetzung der Beiträge forderte. Als sich der Fraktionsvorsitzende des Zentrums und Steuerexperte Heinrich Brüning der Position der DVP annäherte, erklärte der SPD-Ministerpräsident Hermann Müller am 27. März 1930 den Rücktritt seines Kabinetts. Mit ihrer Abwendung von der Sozialdemokratie wollten die beiden bürgerlichen Mittelparteien den rechtsextremen Flügelparteien DNVP und NSDAP den propagandistischen Wind aus den Segeln nehmen und den Weg für eine rechtskonservative Regierung freiräumen. Brüning, der nach einer Intervention des Generals Kurt von Schleicher beim Reichspräsidenten Paul von Hindenburg mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt wurde, strebte von vornherein keine parlamentarische Mehrheit an, sondern stützte seine Politik auf das Ansehen des Reichspräsidenten und dessen Notverordnungsrecht nach Artikel 48 der Reichsverfassung. Als die Reichstagsmehrheit am 18. Juli 1930 dem Antrag der SPD auf Aufhebung der Notverordnung zur "Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" zustimmte, wurde das Parlament noch am selben Tag aufgelöst. Die Neuwahl vom 14. September 1930 brachte einen starken Gewinn für die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und einen sensationellen Anstieg für die NSDAP, deren Mandate von 12 auf 107 stiegen. Im Zuge der immer stärkeren Polarisierung zwischen der extremen Rechten und der extremen Linken vor dem Hintergrund einer schier katastrophalen Arbeitslosigkeit suchte die DVP eine Annäherung an die "nationalistische Opposition", die sich im Oktober 1931 zur Harzburger Front formierte. Bei der Reichstagswahl vom 5. März 1933 erreichte die DVP nur noch 1,1 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die politisch bedeutungslos gewordene Partei löste sich am 27. Juni 1933 auf.

Die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 1918-1933

Auf massiven Druck des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands wurde nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs der Name Deutschnationale Volkspartei (DNVP) durchgesetzt. Zum Vorsitzenden ließ sich der ehemalige preußische Finanzminister und DNVP-Mitbegründer Oskar Hergt (1869-1967) wählen. **Alfred von Tirpitz** und Wolfgang Kapp, die beiden Gründer der Vaterlandspartei, sowie **Alfred Hugenberg, der "Pressezar", zählten zu den bekanntesten Mitgliedern der Partei.** Die DNVP vertrat vor allem die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Eliten des Kaiserreichs: des Adels, des Beamtentums, des Offizierskorps und des gehobenen Bürgertums. **Starken Rückhalt fand die Partei in der protestantischen Kirche, bei den ostelbischen Agrariern, bei Vertretern von Industrie und Handel sowie bei den militanten Vaterländischen Verbänden und beim Stahlhelmbund,** einem Verband ehemaliger Frontsoldaten, wobei Frontsoldaten jüdischen Glaubens die Mitgliedschaft verwehrt wurde. Ab 1924 wurden interessierte Heranwachsende und ältere frontunerfahrene Männer militärisch ausgebildet, wobei die Reichswehr tatkräftige Unterstützung leistete. Die Mitglieder und ihre Führer verstanden sich als Personalreserve für die durch den Versailler Vertrag zahlenmäßig auf 100.000 Mann beschränkte Reichswehr. Die Mitgliederzahl vergrößerte sich bis 1930 auf über 500.000 Mitglieder. Der Stahlhelm war somit der stärkste paramilitärische Verband der Weimarer Republik. Die Deutschnationalen forderten die Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie und waren überzeugt von der Richtigkeit der 1919 von Paul von Hindenburg öffentlich vorgetragenen **"Dolchstoß-Legende"**. Zum Kern ihrer außenpolitischen Forderungen zählten die Außerkraftsetzung des Versailler Vertrags sowie die Rückgabe der abgetretenen Gebiete und der ehemals deutschen Kolonien. Über die auflagenstarken Zeitungen des Hugenberg-Konzerns und

über dessen **Materndienst**, der den meisten deutschen Lokalzeitungen Druckvorlagen für den Politikteil lieferte⁴, wurde die antidemokratische und antirepublikanische Politik der DNVP bis in den letzten Winkel Deutschlands getragen.

Die Deutschnationale Volkspartei hatte 1919 rund 350.000 Mitglieder und konnte deren Anzahl bis 1923 auf etwa 950.000 steigern. Keine deutsche Partei profitierte so stark vom **Frauenwahlrecht wie die DNVP. Sie erreichte bei der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 gut 19,5 Prozent aller Stimmen und wurde stärkste Fraktion im Reichstag. Danach waren Mitgliederzahl und Wahlergebnisse rückläufig.**

Da die Politik der Deutschnationalen einem Teil der Deutschvölkischen zu gemäßigt war, **verließen viele von ihnen 1922 die DNVP und gründeten die nationalistisch-antisemitische Deutsch-Völkische Freiheitspartei.** Doch auch nach Abspaltung dieser deutsch-völkischen Gruppe verfügten die Deutschnationalen über einen einflußreichen alldeutsch-völkischen Parteiflügel, der sich u.a. die Bekämpfung der "Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit sowie die Unterbindung der ostjüdischen Einwanderung" auf die Fahne geschrieben hatte. Einer bemerkenswert zurückhaltenden Unterstützung des Kapp-Putsches im Jahre im März 1920 stand **der laute Jubel gegenüber, mit dem zahllose deutschnationale Zeitungen auf die Ermordung von Matthias Erzberger**, dem Leiter der Waffenstillstandskommission und späteren Reichsfinanzminister, **1921⁵ reagierten; etwas zurückhaltender war die Reaktion der deutschnationalen Presse auf die Ermordung von Walther Rathenau 1922. Bei der Wahl des Reichspräsidenten 1925 unterstützten die Deutschnationalen den greisen Paul von Hindenburg als rückwärts gewandten Hoffnungsträger.**

In der Phase der relativen Stabilisierung der Republik stellte die DNVP ihre Vorbehalte gegen das parlamentarische System vorübergehend zurück und beteiligte sich erstmals an einer Reichsregierung. **Sie war mit drei Ministern 1925 in der Regierung vertreten, zog sich jedoch schon im Oktober 1925 aus Protest gegen die Verträge von Locarno aus der Regierungsverantwortung zurück. Vier Deutschnationale hatten in den Jahren 1927/28 Ministerämter inne und erschwerten dadurch die fundamentale Oppositionshaltung der DNVP. Nach deutlichen Verlusten bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 übernahm Hugenberg als Exponent des radikal-nationalistischen Flügels den Parteivorsitz und brachte die Partei wieder auf einen strikten Ablehnungskurs zum "Weimarer System".** Unter Hugenberg organisierte die DNVP mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) 1929 den **Volksentscheid gegen den Young-Plan**, der die Höhe der deutschen Reparationszahlungen regelte. Doch trotz der massiven Unterstützung durch die Hugenberg-Presse und die NS-Propagandamaschinerie konnten DNVP und NSDAP **nur knapp 14 Prozent aller Wahlberechtigten für die Ablehnung des Young-Plans mobilisieren.** Die gemeinsame Kampagne mit der DNVP gegen den Young-Plan steigerte jedoch das Ansehen der Nationalsozialisten in der rechtsgerichteten Wählerschaft ganz erheblich. **Bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 erhielt die DNVP rund 7 Prozent Stimmen,**

⁴ Druckplatten (Mater lat. Mutter) wurden mit einer Papiermasse überzogen, welche ausgetrocknet wiederum als Druckvorlage verwendet werden konnte. Anfang des 20. Jahrhunderts konnten auf diesem Wege die Lokalzeitungen Materndienste mit überregionalen Nachrichten bei speziellen Redaktionsgemeinschaften abonnieren und als überregionale „Mantelseiten“ zu ihren Lokalnachrichten nutzen. Heute hat die Pappe längst ausgedient – der Begriff aber ist auch für die heute üblichen elektronischen Druck- und Sendedateien geblieben. Heute kommen Materndienste als preiswerter Reichweitenverstärker von PR-Botschaften zum Einsatz und werden zur Erfolgsabsicherung der klassischen Pressearbeit genutzt.

⁵ 11. November: Erzberger ist erster Unterzeichner des Waffenstillstandsabkommens in Compiègne, das dem Deutschen Reich zahlreiche Lasten auferlegt. Die rechtsradikale Hetze gegen Erzberger als "Novemberverschreiber" und "Volksverräter" verschärft sich. Der frühere Vizekanzler Karl Helfferich aus der DNVP verfaßt die polemische Schrift "Fort mit Erzberger". Erzberger stellt daraufhin Strafantrag wegen Beleidigung. Erzberger war seit Juni 1919 Vizekanzler und Finanzminister. In seiner Finanzreform setzt er die Finanzhoheit des Reichs gegenüber den Ländern durch und vereinheitlicht die Steuererhebung.

während die NSDAP mit 18,3 Prozent unerwartet zur zweitstärksten Partei wurde. Zum politischen Überleben seiner eigenen Partei strebte Hugenberg mit Gründung der Harzburger Front 1931 einen engen Schulterschluß mit der weitaus massenwirksameren NSDAP an. Aus Protest gegen den populistischen Rechtskurs unter Hugenberg hatte sich schon 1929/30 eine gemäßigte Gruppe unter Hans Schlange-Schöningen (1886-1960) und Gottfried Reinhold Treviranus (1891-1971) von den Deutschnationalen abgespalten und die Volkskonservative Vereinigung gegründet. Mit der Abkehr von weiteren, weniger republikfeindlichen Gruppen verblieben von den 1928 gewählten 78 deutschnationalen Reichstagsabgeordneten nur 36 in der Partei.

Im Zuge ihres scharfen Rechtskurses unterstützte die DNVP die Präsidialkabinette unter Heinrich Brüning und Franz von Papen. Die Bereitschaft Hugenbergs zur politischen Zusammenarbeit mit Adolf Hitler in einem gemeinsamen Kabinett ermöglichte schließlich am 30. Januar 1933 die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Zu den Reichstagswahlen vom 5. März trat die DNVP gemeinsam mit dem Stahlhelmbund als "Kampffront Schwarz- Weiß-Rot" an und erreichte mit 8 Prozent der abgegebenen Stimmen ein zwar eher mäßiges Ergebnis, aber sie sicherte damit Ministersitze in der gemeinsamen Koalitionsregierung unter Hitler. Das war der letzte Part ihrer Rolle als "Steigbügelhalter" für die Nationalsozialisten. In völliger Verkennung der Ziele nationalsozialistischer Politik war der unter Hitler als Reichsminister für Ernährung und Wirtschaft fungierende Hugenberg nicht in der Lage, den Fortbestand der Deutschnationalen Volkspartei neben der NSDAP zu sichern. Seit Mai firmierte seine Partei als "Deutschnationale Front", Ende Juni 1933 wurde sie zur Selbstauflösung gezwungen.

Die Deutsche Zentrumspartei (Zentrum) 1918-1933

Den revolutionären Umbruch vom November 1918 lehnte das Zentrum ab, weil es grundsätzlich jegliche Revolution ablehnte. Aber es bekannte sich zu den Ergebnissen der Revolution und zum republikanischen Verfassungsstaat. Aus Protest gegen die zentralistische Politik unter Erzberger spalteten sich 1918 die bayerischen Mitglieder ab und gründeten die **Bayerische Volkspartei (BVP)**.

Die Zentrumspartei war bis zum Ende der Republik immer mit 60 bis 75 Abgeordneten im Reichstag vertreten. **Gegenüber dem Kaiserreich war der politische Einfluß des Zentrums jedoch erheblich gewachsen. In der Nationalversammlung bildete das Zentrum mit der SPD und der DDP die Weimarer Koalition.** Politische Differenzen zur SPD und DDP hatte das Zentrum vor allem in der Schul- und Kirchenpolitik. Die Partei des politischen Katholizismus war an allen Reichsregierungen bis 1932 beteiligt und stellte mit Heinrich Brüning sowie - dem später parteilosen - Franz von Papen zwei letzte Reichskanzler vor Hitler. In der Innenpolitik konzentrierte sich das Zentrum **unter Erzberger** zunächst auf die Festigung der Weimarer Republik, die Sicherung des Verfassungsstaats und den Ausbau des Sozialstaats. **Seit 1924 gewann der rechtsbürgerliche Flügel an Gewicht. Die Partei plädierte nun für eine nationalbetonte, revisionistische Außenpolitik.** Den Übergang zu den Präsidialkabinetten markierte Brüning, der von 1930 bis 1932 vorwiegend mit Notverordnungen unter Umgehung des Parlaments regierte. Der am 1. Juni 1932 zum Reichskanzler berufene - und zwei Tage später aus dem Zentrum ausgetretene - Franz von Papen war Kanzler eines "Kabinetts der nationalen Konzentration", das sich auf keine parlamentarische Mehrheit mehr stützte. Vor allem Papen beteiligte sich an den taktisch gemeinten Versuchen, die NSDAP in die Regierungsverantwortung einzubeziehen. Am 30. Januar 1933 wurde Papen Vizekanzler unter Adolf Hitler; nur wenig später löste sich das Zentrum am 5. Juli 1933 als letzte der bürgerlichen Parteien selbst auf.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

In der jungen Weimarer Republik stellte die SPD von 1919 bis 1925 mit **Friedrich Ebert** den Reichspräsidenten und war bis 1920 in allen Reichsregierungen vertreten. Danach – insbesondere nach dem Linksruck infolge der Wiedervereinigung mit der Rest-USPD 1922 – beteiligte sich die SPD nur noch an wenigen Reichsregierungen, zuletzt 1928 bis 1930 am Kabinett Müller II (Große Koalition) unter Reichskanzler Hermann Müller, während sie in Preußen mit **Otto Braun** von 1920 bis 1932 fast durchgehend den Ministerpräsidenten stellte. Die SPD versuchte als „konstruktive Opposition“ ihren Einfluss auf die Reichspolitik zu wahren, da sie fürchtete, durch häufige Regierungsbeteiligungen noch mehr enttäuschte Arbeiter-Wähler an die KPD zu verlieren. Ihre soziale Basis während der Weimarer Republik stellten vor allem die gewerkschaftlich organisierten Facharbeiter dar.

Während des Aufstiegs der NSDAP konnte die SPD zwar ihren Wählerstamm halten, den Stimmengewinnen der Nationalsozialisten, die zu einem Gutteil aus dem Nicht- und Jungwählerreservoir kamen, hatte sie allerdings wenig entgegenzusetzen. Aufgrund ihrer organisatorischen Verkrustung, der Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit mit der KPD, von der die SPD als „sozialfaschistisch“ bezeichnet wurde, und – mit Ausnahme des Zentrums – der Marginalisierung der bürgerlichen Parteien fand sie für den Widerstand gegen den heraufziehenden Nationalsozialismus **keine Bündnispartner**.

Die Tolerierungspolitik der SPD-Reichstagsfraktion gegenüber der Regierung Brüning 1930 bis 1932 führte vor allem bei Teilen der Parteijugend und beim linken Parteiflügel zu anwachsender Kritik an Partei- und Fraktionsführung und mündete 1931 in der Abspaltung eines Teils der Parteilinken, welche sich als **Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP)** formierte. Durch die Absetzung der preußischen Regierung unter Otto Braun im Juli 1932 wurde die SPD ihrer letzten Bastion beraubt. Nur die Nein-Stimmen der SPD bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz im März 1933, den wichtigsten Schritt der Nationalsozialisten bei der Abschaffung des demokratischen Rechtsstaats, wahrten die Ehre der demokratischen Parteien, da alle anderen bürgerlichen Parteien diesem Gesetz zustimmten. 444 Abgeordnete stimmten dem Gesetz zu, nur 94, das waren alle anwesenden Sozialdemokraten, lehnten das Ermächtigungsgesetz ab. Die Kommunisten fehlten: sie waren entweder nach dem Reichstagsbrand verhaftet worden oder sind sie (wie auch 26 Sozialdemokraten) untergetaucht. Am 22. Juni wurde der SPD ein Betätigungsverbot ausgesprochen, in den darauffolgenden Tagen lösten sich alle anderen Parteien mit Ausnahme der NSDAP selbst auf. Am 7. Juli hob die Verordnung zur Sicherung der Staatsführung des Reichsinnenministers Frick sämtliche SPD-Abgeordnetenmandate im Reichstag, in den Landtagen und Gemeindeparlamenten auf, am 14. Juli schließlich folgte das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Die Gründung war das Ergebnis der letzten Reichskonferenz des Spartakusbundes vom 29. bis 31. Dezember 1918. Viele Mitglieder waren an der Novemberrevolution aktiv beteiligt waren. Schon 1914, unmittelbar nach der Kriegsbejahung der Parteimehrheit, wurde von **Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht** die *Gruppe Internationale* ins Leben gerufen. Ab 1916 bezeichnete sie sich als Spartakusgruppe, ab 1917 als linker Flügel der von der SPD abgespaltenen **Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD)**. Im Frühjahr 1917 führte die wachsende Opposition innerhalb der SPD gegen die **Burgfriedenspolitik** und weitere Bewilligung der Kriegskredite schließlich zum Parteiausschluss der Kriegsgegner.

Revolutionäre Obleute Berlins, aber auch anderswo bildeten später das energische Rückgrat der Rätebewegung. Der Erfolg der Oktoberrevolution in Russland gab diesen Bestrebungen zusätzlichen Rückenwind.

Als die **Novemberrevolution** Berlin erreichte und den Kaiser zur Flucht in die Niederlande veranlasste, rief **Philipp Scheidemann von der Mehrheits-SPD** dort mittags am 9. November 1918 eine „Deutsche Republik“ aus („Das Alte und Morsche, die Monarchie, ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue, es lebe die deutsche Republik!“). Ihm folgte wenig später **Karl Liebknecht, der eine „Freie Sozialistische Republik“** ausrief und die Menge zugleich auf die „internationale Revolution“ einschwor. Es folgten zwei Monate lange Machtkämpfe zwischen den Vertretern dieser beiden Richtungen, aus denen die Mehrheits-SPD und mit ihr das gemäßigte und konservative Bürgertum als Sieger hervorgingen.

In Berlin kam es beim **Spartakus-Aufstand** zum Einsatz der Freikorps gegen Teile der Berliner Bevölkerung, die die Revolution fortsetzen wollten. Seit Jahresbeginn 1919, besonders seit der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1919, kam es reichsweit zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen.

Die KPD verstand sich als Massenpartei und wollte die sozialistische Räterepublik von der Betriebsebene aus verwirklichen, die durch die SPD und Gewerkschaftsführungen verhindert und durch die USPD nicht energisch genug angestrebt worden war.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 behauptete sich die SPD als stärkste Kraft, die aber fortan auf wechselnde Koalitionspartner aus dem bürgerlichen Lager angewiesen war. Nun setzte der **Reichswehrminister Gustav Noske** (der nach eigener Aussage vom 6. Januar der „Bluthund sein musste“) rücksichtslos die neuen, meist rechtsextremen Freikorps gegen die Aufständischen ein, um jeden Ansatz einer Räterepublik, wie er sich in einigen Großstädten gebildet hatte, wieder zu zerschlagen. Als letztes Experiment dieser Art wurden im Mai die **Münchner Räterepublik** zerstört. In der zweiten Aprilhälfte rückten zur "Reichsexekution" etwa 35.000 Reichswehrsoldaten gegen München vor. Noske war von der Regierung in Berlin beauftragt und zeigte sich entschlossen, dem »Karneval des Wahnsinns« ein gnadenloses Ende zu bereiten. Die Leitung der Operationen übertrug er dem preußischen Generalleutnant Burghard von Oven. Mit dabei waren (ehemalige) Offiziere wie **Franz von Epp**, der bereits im Jahr 1900 bei der Niederschlagung des Boxeraufstandes im Kaiserreich China und 1904 an dem berüchtigten Massaker an den Hereros in Deutsch Süd-West-Afrika beteiligt gewesen war. Für seine Verdienste wurde Franz von Epp von 1933 bis 1945 Reichsstatthalter in Bayern. Schon vorher engagierte er sich für die NSDAP: Beim Hitler-Putsch 1923 verhielt er sich noch abwartend und distanziert sich sofort nach dem Fehlschlag von diesem. 1928 trat er zur NSDAP über, die ihm ein Reichstagsmandat angeboten hat. Er hat dieses Mandat bis 1945 inne. 1932 wird zum Reichsleiter des Wehrpolitischen Amtes der NSDAP beim Stabe der Obersten SA-Führung ernannt. Epp war 1945 in die mißlungene Revolte der oppositionellen, kapitulationsbereiten "Freiheitsaktion Bayern" verwickelt. Er wurde kurz vor dem Kriegsende von einem Gauleiter verhaftet und nach Salzburg gebracht. Dort wurde er Anfang Mai von der US-Armee in Gewahrsam genommen.

Dem Freikorps Epps schloss sich auch der spätere Führer der SA **Ernst Röhm** an. Viele Soldaten trugen schon das Hakenkreuz am Helm, das Symbol des völkisch-nationalistischen ariosophischen Geheimbunds **Thule-Gesellschaft**, deren etwa 250 Münchner Mitglieder in verdeckten Aktionen gegen die Revolution aufgetreten waren. **Ariosophie** war die Bezeichnung, die **Jörg Lanz von Liebenfels** ab den 1920er Jahren für seine okkultistisch-rassistische Lehre benutzte. Der britische Esoterik-Forscher Nicholas Goodrick-Clarke verwendete die Bezeichnung in seiner Studie *The Occult Roots of Nazism* (1985; deutsch *Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus*, 1997) in einem erweiterten Sinn auch für die verwandte Lehre des **Guido von List** („Armanenschaft“) sowie für die Ansichten der jeweiligen Anhänger innerhalb der Völkischen Bewegung.

In der bayerischen Roten Armee entstanden während der Räterepublik Spannungen im Aktionsausschuss zwischen Mitgliedern der USPD (**Ernst Toller**) und der KPD (**Eugen Leviné**). Die Leute um Toller drängten auf Verhandlungen mit der "Regierung Hoffmann", um sinnlose Opfer zu vermeiden, bestand die kommunistische Führung auf der Fortführung des Kampfes als historisches Signal für spätere revolutionäre Möglichkeiten.

Nachdem es beim Vormarsch der Freikorps auf München zu willkürlichen Erschießungen von, auch vermeintlichen, Anhängern der Räterepublik gekommen war, wurden am 30. April zehn im Münchner Luitpold-Gymnasium festgehaltene **Geiseln**, die meisten von ihnen Mitglieder der rechtsextremistischen Thule-Gesellschaft, von Mitgliedern der „Roten Armee“ erschossen.

Am 1. Mai 1919 schloss die „weiße“ Armee München ein und eroberte die Stadt bis zum darauffolgenden Tag vollständig. Damit endete die letzte Räteregierung sowohl in Bayern als auch in ganz Deutschland.

Es gab registrierte 606 Tote, davon waren 233 Kämpfer der Roten Armee und 335 Zivilisten. Die restlichen 38 Toten waren als Angehörige der Regierungstruppen/Freikorps gefallen. Die Dunkelziffer weiterer Todesopfer bis 3. Mai liegt hoch, es wurden teilweise bis zu 400 weitere Tote geschätzt, die wesentlich den Erschießungskommandos der Freikorps zum Opfer gefallen sein dürften. Unter anderem wurden 52 russische Kriegsgefangene von einem Freikorps in einer Kiesgrube bei Gräfelfing erschossen.

Gustav Landauer wurde am 2. Mai von Soldaten und Freikorps-Mitgliedern im Gefängnis Stadelheim durch Pistolenschüsse schwer verletzt und schließlich zu Tode getreten. Nach der Niederlage der Räterepublik wurden Hunderte auch aufgrund falscher und willkürlicher Denunziationen verhaftet und hingerichtet. Auch Adolf Hitler, zu jener Zeit in München kasernierter Soldat, denunzierte mehrere mit der Räterepublik sympathisierende Kameraden seines ehemaligen Regiments.

In den folgenden Wochen wurden über 2200 Unterstützer der Räterepublik von Standgerichten zum Tode oder zu Haftstrafen verurteilt. Eugen Leviné wurde zum Tode verurteilt. Als Teilnehmer der russischen Revolution von 1905 wurde er 1906 und erneut 1908 in Russland verhaftet und schwer misshandelt. 1908 wurde Leviné von seiner Mutter freigekauft und konnte 1909 nach Deutschland zurückkehren. Von der Berliner KPD-Zentrale wurde Leviné Mitte März 1919 nach München geschickt. Dort hatte sich **nach dem Mord an Ministerpräsident Kurt Eisner** die Stimmung radikalisiert, die Ausrufung einer Räterepublik stand bevor. Leviné sollte die Führung der Münchner KPD und die Redaktion der Parteizeitung *Münchner Rote Fahne* übernehmen. Bei dem Prozess, in dem er zum Tode verurteilt wurde, erklärte er: „Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub, dessen bin ich mir bewußt. Ich weiß nicht, ob Sie mir meinen Urlaubsschein noch verlängern werden, oder ob ich einrücken muß zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg“. **Erich Mühsam** wurde zu 15 Jahren Haft verurteilt, jedoch nach 5 Jahren amnestiert, Toller zu fünf Jahren, die er vollständig absaß. Der Professor für Gesellschaftswissenschaft, Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie, **Max Weber**, der seit dem Sommersemester 1919 an der Münchner Universität lehrte, trat am 16. Juli 1919 im Strafprozess gegen Toller als Zeuge auf und bekräftigte die „absolute Lauterkeit“ eines radikalen „Gesinnungsethikers“; diese Zeugenaussage trug dazu bei, **Ernst Toller, der stellvertretender Kommandeur der „Roten Armee“** gewesen war, vor dem Todesurteil zu bewahren.

Die Tatsache, dass einige der führenden Personen der Räterepublik jüdischer Herkunft waren (Kurt Eisner, Ernst Toller, Gustav Landauer, Erich Mühsam, Max Levien und Eugen Leviné), lieferte den konservativen und vor allem rechtsextremistischen Kreisen den Vorwand, um allgemein gegen das Judentum (eine angebliche „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“) zu hetzen. Die Prozesse nach der Münchner Räterepublik zeigten zum ersten Mal in großem Stil die politische Einseitigkeit der Justiz in der Weimarer Republik: Während politisch rechts

motiviert Verbrechen gar nicht oder sehr milde bestraft wurden, wurden links motivierte Straftaten mit der vollen Härte des Gesetzes verfolgt.

Nach der Niederschlagung der Revolution machten die neuen rechten Machthaber Bayern zum wichtigem Zufluchtsort für viele andernorts straffällig gewordene Rechtsextremisten, beispielsweise Mitgliedern der **Terrorgruppierung *Organisation Consul***, die für mehrere politische Morde verantwortlich war, darunter auch an den Reichspolitikern Matthias Erzberger und Walther Rathenau.

Die *O.C.* ging aus der Marine-Brigade Ehrhardt hervor, einem Freikorps, das 1920 offiziell aufgelöst worden war. Deren namengebender Kommandeur, Kapitän **Hermann Ehrhardt**, formierte die Organisation nach dem Scheitern des Kapp-Putsches aus den Reihen der Brigade. Aufgrund ihrer Herkunft war die *O.C.* eine militärisch organisierte Gruppe, deren Mitglieder sich zum größten Teil aus Offizieren des ehemaligen Reichswehr-Heeres und der Freikorps rekrutierten. Eines der bekanntesten Mitglieder der Organisation Consul war der spätere Schriftsteller **Ernst von Salomon**. Auch er beteiligte sich am tödlichen Attentat auf den Außenminister Walther Rathenau. 1922 wurde er deshalb wegen Beihilfe zum Mord zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Im März 1927 erfolgte eine weitere Verurteilung zu eineinhalb Jahren Zuchthaus wegen Beteiligung an einem versuchten **Fememord**. Infolge eines Gnadenaktes des Reichspräsidenten Hindenburg hinsichtlich dieser Reststrafe wurde Salomon im Dezember 1927 aus dem Zuchthaus bedingt entlassen. Nach der Machtübernahme 1933 erschien bei Rowohlt nur noch ***Nahe Geschichte***, eine Vorveröffentlichung zur Geschichte der Freikorpskämpfe, deren Dokumentation sich Salomon zur Aufgabe gemacht hatte. Seine Veröffentlichungen wurden nach 1933 als „Dokumente vom Kampf um die Wiedergeburt der Nation“ gefördert. Von 1933 bis 1934 war er Schriftleiter der Freikorps-Zeitschrift *Reiter gen Osten*. Schriftstellerisch betätigt er sich nun vor allem als Drehbuchautor für Unterhaltungsfilme, etwa am Kolonialfilm ***Carl Peters*** von 1941, mit Hans Albers in der Titelrolle. Salomon trat der NSDAP 1938 bei. Zur Zeit des Nationalsozialismus gelang es ihm, seine jüdische Lebensgefährtin Ille Gotthelft zu schützen, indem er sie als seine Frau ausgab. Am 11. Juni 1945 wurden beide von den Amerikanern, genauer von dem Nachrichtendienst des Heeres der Vereinigten Staaten von Amerika CIC, interniert. Während Ille im März 1946 entlassen wurde, blieb Salomon bis zum 5. September 1946 in Haft. Freigelassen wurde er ohne Verhandlung infolge seiner Zuordnung zur Gruppe der irrtümlich Arrestierten. 1951 veröffentlichte Salomon den Roman ***Der Fragebogen***, in dem er sich autobiographisch den 133 Fragen der „Entnazifizierungsbehörde“ stellte. Die im Befragungsformular gestellten Fragen zur persönlichen Geschichte, zur politischen Einstellung, Mitgliedschaft in Organisationen usw. beantwortete er peinlich genau und überausföhrlich. So entstand einerseits eine Autobiografie, die auch ihren zeitgeschichtlichen Hintergrund minuziös beleuchtete, aber auch ein Werk, das den Versuch der bürokratisch-kollektiven Kategorisierung von Menschen ad absurdum führte. Der Roman, der Salomons Ablehnung gegenüber dem amerikanischen Projekt „Entnazifizierung“ in plakativ ironischer Weise zum Ausdruck brachte, löste erhitzte Diskussionen aus und wurde zum ersten Bestseller der Bundesrepublik Deutschland. Während die einen darin eine literarisch gelungene, umfassende Darstellung der politischen und sozialen Verhältnisse in Deutschland der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sahen, kritisierten die anderen den Roman als Versuch einer persönlichen Rechtfertigung und als Verharmlosung des Nationalsozialismus und der politischen Kräfte der Weimarer Zeit, die als seine Vorläufer gelten.

Nach diesem Exkurs in die Zusammenhänge zwischen den rechtsradikalen Freikorps und den NS-Machhabern sollte man auf Bayern wieder zurückkommen. Die starke Polarisierung der Gesellschaft während der Räterepublik trug dazu bei, dass die NSDAP 1920 aus der **Deutschen Arbeiterpartei (DAP)** in München hervorging. Es war wohl kein Zufall, dass Hitler gerade hier einen Putschversuch machte und München zur „Hauptstadt der [nationalsozialistischen] Bewegung“ erkor.

Im Frühjahr 1919 war die KPD verboten worden und konnte ihre folgenden Parteitage nur illegal durchführen. Paul Levi, enger Freund Rosa Luxemburgs und nach deren Tod Herausgeber ihrer Werke, setzte beim zweiten, dem sogenannten Heidelberger Parteitag der KPD jedoch die Beteiligung an den Reichstagswahlen von 1920 durch. Die rätekommunistischen und utopistisch orientierten Mitglieder traten aus und bildeten die eigene **Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands** (KAPD), die **Otto Rühle** leitete.

Zuvor jedoch mobilisierte der Putschversuch von Wolfgang Kapp und Walther von Lüttwitz im Frühjahr 1920 noch einmal die Kräfte der Linken im ganzen Reich: Spontane Massenstreiks führten zum **Generalstreik, dem sich freie Gewerkschaften, SPD, USPD und KPD anschlossen**, um gemeinsam die Republik zu retten. Er führte zur Eroberung des Ruhrgebiets durch eine Rote Ruhrarmee. Doch sobald die rechtsnationalistischen Putschisten aufgegeben hatten und der Generalstreik beendet war, verbündete sich die SPD wieder mit den zuvor abtrünnigen Reichswehrverbänden und Freikorpsseinheiten und ließ diese in das von den aufständischen Arbeitern besetzte Ruhrrevier einrücken. Bei den unter dem Namen Ruhraufstand bekannten bürgerkriegsähnlichen Kämpfen kamen etwa 2.000 Arbeiter und 372 gegenrevolutionäre Soldaten ums Leben.

Bei den folgenden Reichstagswahlen im Juni profitierte vor allem die **USPD** und zog mit 17,9 % in den Reichstag ein, während die SPD auf 21,7 % zurückfiel. **Die KPD erhielt nur 2,1 %.**

Doch sie war nun koalitionsfähig geworden: Ende 1920 entschied sich eine Parteitagsmehrheit der USPD zum Eintritt in die Kommunistische Internationale und damit in die KPD, die sich daraufhin **Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands** (VKPD) nannte. Sie wuchs durch die USPD-Überläufer auf über 300.000 Mitglieder an, die ihr auch zu einem größeren Wählerpotential verhelfen. Damit erfüllte sie erstmals ihren programmatischen Anspruch, eine Massenpartei zu sein. Allerdings war die revolutionäre Phase damit auch beendet; ein letztes Aufflammen – und gleichzeitig das Scheitern – stellten die Märzkämpfe in Mitteldeutschland 1921 dar. Wegen der Broschüre *Unser Weg. Wider den Putschismus*, in dem der Parteivorsitzende Levi die putschistische Taktik der KPD beim Märzaufruf 1921 öffentlich kritisierte, wurde er auf Betreiben der Mehrheit der Komintern-Führung um Sinowjew aus der KPD ausgeschlossen. Levi und andere aus der VKPD Ausgeschlossene und Ausgetretene schlossen sich zur **Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft** (KAG) zusammen.

Nach der Spaltung der USPD im Jahre 1922 hatte die KPD politischen Spielraum links von der SPD gewonnen. Nach Lenins Tod im Jahre 1924 gewannen die „Stalinisten“ auch großen Einfluss auf den Parteivorsitz der KPD. Die neue, „ultralinke“ Parteiführung unter Werner Scholem, Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Arthur Rosenberg, wurde im August 1925 abgesetzt, wenig später ausgeschlossen und durch **Ernst Thälmann** ersetzt, der bis 1933 amtierte.

Thälmann stützte sich parteiintern auf Apparatangehörige wie Walter Ulbricht und auf eng an Stalin angelehnte Politiker wie Hermann Remmele, Heinz Neumann und Paul Merker. Die ausgeschlossenen „Linken“ und „Ultralinken“ formierten sich teilweise unter dem Namen **Leninbund** als eigenständige Partei. In der Forschung wurden die innerparteilichen Konflikte in der KPD, in deren Verlauf neben „Trotzkisten“ 1928 bis 1930 auch noch die aus der Mittelgruppe hervorgegangene Gruppe der „Versöhnler“ parteiintern entmachtet und teilweise aus der Partei ausgeschlossen wurde, als „Stalinisierung“ der KPD bezeichnet. So sprach der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann auf dem Kongress der Kommunistischen Internationale von 1928, über „die konterrevolutionäre Sozialdemokratie“, die den Kapitalismus in allen Fragen zu unterstütze: „Die SPD ist der treibende Faktor in der Linie der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Daher ist der Kampf gegen den imperialistischen Krieg ein Kampf gegen die Sozialdemokratie.“ Auf dem 12. Parteitag der KPD im Juni 1929 beschimpfte Thälmann die deutsche Sozialdemokratie erneut „als den aktivsten Vorkämpfer des deutschen Imperialismus und seiner Kriegspolitik gegen die Sowjetunion“. Dagegen bezeichnete die KPD-Führung den

Nationalsozialismus noch wenige Monate vor dessen Machtübernahme öffentlich als lediglich sekundäre Randerscheinung in der Endphase der kapitalistischen Entwicklung, nicht aber als ernst zu nehmende Gefahr.

Trotz einer solchen ideologischen Verblendung konnte die KPD während der Weltwirtschaftskrise ihre Wähler- und Anhängerschaft vergrößern (Mai 1928: 130.000 Mitglieder und 3,2 Millionen Wähler; November 1932: 252.000 Mitglieder, 6 Millionen Wähler, 16,9 % der Stimmen und damit 100 Reichstagsmandate).

Dies zeigte sich besonders deutlich in den letzten Monaten vor der Machtübertragung an Hitler, als der Parteivorsitzende Thälmann und sein Konkurrent **Heinz Neumann** um die Führungsposition in der KPD kämpften: Thälmann konnte sich schließlich nicht zuletzt deshalb behaupten, weil er sich gegenüber Stalin als der getreuerer Gefolgsmann profilierte – noch 40 Jahre später erinnerte sich Stalins engster Gefährte Molotow daran, dass Thälmann in Moskau „einen sehr guten Eindruck gemacht“ habe, weil er sich stets „loyal“ verhalten habe. Heinz Neumann (6.7.1902-26.11.1937) war 1929-32 Mitglied des ZK und des ZK-Sekretariats, Chefredakteur der «Roten Fahne»; 1930-32 Mitglied des Reichsrates. Er war „Chefideologe“, der für die ultralinke Linie gegen den Sozialfaschismus der SPD verantwortlich war, trat aber später auch gleichzeitig für einen entschiedenen Kampf gegen die Nationalsozialisten ein. Im Reichstag versuchte Neumann ab 1931 im Unterschied zu Stalin und Thälmann, da diese die Gefahr einer Machtübernahme der NSDAP unterschätzten, einen Kampf vor allem gegen die NSDAP zu führen. In den Auseinandersetzungen mit Thälmann unterlag er im April 1932 und wurde im Oktober 1932 von seinen Funktionen entbunden und verlor im November 1932 auch sein Reichstagsmandat. Nach der Machtübernahme Hitlers ging er ins Exil. Ende 1934 in Zürich von der Schweizer Fremdenpolizei verhaftet, war er dort ein halbes Jahr inhaftiert und wurde dann 1935 in die Sowjetunion ausgewiesen. Hier geriet er in Stalins Große Säuberung, wurde am 27. April **1937 vom NKWD verhaftet**, am 26. November 1937 vom Militärkollegium des Obersten Gerichtes der Sowjetunion zum Tode verurteilt und noch am selben Tag erschossen. Heinz Neumann war seit 1929 mit **Margarete Buber-Neumann** liiert, später verheiratet, die als eine der ersten über Milena Jesenská schrieb. Margarete Buber-Neumann wurde in der Sowjetunion verhaftet und 1940 von sowjetischen Stellen an Nazideutschland ausgeliefert. Die Revolution frisst ihre Kinder, wusste schon Büchners Danton. Bertolt Brecht, reiste im Frühjahr 1935 nach Moskau, wo er sich mit Erwin Piscator, Carola Neher, Sergej Tretjakow, Asja Lacis und Gordon Craig trifft. Tretjakow und Asja Lacis wurden zu Opfern Stalins, wobei die Freundin Walter Benjamins die stalinistischen Lager überlebte. Brecht war nie Parteimitglied, aber einer der eifrigsten Propagandisten des Kommunismus. Ins Exil ging er aus Finnland lieber in die USA als in das stalinistische Russland, obwohl er mit der transsibirischen Eisenbahn nach Wladiwootik reisen musste, bevor er nach Kalifornien gelangte.

Golo Mann gab auch den linken Kritikern der Weimarer Republik, vor allem der Sozialdemokratie, zu denen auch K. Tucholsky zählte, die Schuld an dem Untergang der so kuzlelbigen Republik:

„Die hellsichtige Bosheit, mit der Kurt Tucholsky die Republik verspottete, alle ihre Lahmheiten und Falschheiten, erinnerte von ferne an Heinrich Heine. Von Witz und Haß des großen Dichters war ein Stück in ihm, nur leider wenig von seiner Liebe. Die radikale Literatur konnte kritisieren, verhöhnen, demaskieren, und erwarb sich eine leichte, für die Gediegenheit des eigenen Charakters noch nichts beweisende Überlegenheit damit. Sie war ihr Handwerk gewöhnt von Kaisers Zeiten her und setzte es fort unter der Republik, die es an Zielscheiben für ihren Hohn auch nicht fehlen ließ. Was half es?“

– Golo Mann: *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main ¹⁶1982 (¹1958), S. 727

Seit 1930 gab es nur noch den Präsidenten und das Heer, die Hitler von der Macht fernhalten konnten und denen war die Republik immer gleichgültig gewesen.